Wiener Stadt-Bibliothek.
57291 F

F 57291
Jänner-Juni
1933

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. Jänner 1933.

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Trauungen, Ehedispense und Konfessionsänderungen im September 1932 in Wien.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen September in Wien 1.219 Trauungen vollzogen; das sind um 166 Trauungen weniger als im letzten August und um 119 Trauungen weniger als im September 1931. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden 758 Ehen, vor der politischen Behörde 188 Ehen geschlossen.

Im Berichtsmonate wurden vom Wiener Magistrat 264 Ansuchen um Ehedispens bewilligt, um 29 weniger als im vergangenen August und um 9 weniger als im September 1931. Von den im letzten September bewilligten 264 Ansuchen betrafen 177 Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

Im vergangenen September wurden an den Wiener Magistrat 686 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet; das sind um 120 Ansuchen mehr als im letzten August und um 31 Anzeigen weniger als im September 1931. 485 Personen zeigten ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche, 75 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 38 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Anrechnung des Wohnbausteuerzuschlages auf Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.

Im Gesetz über die Zuschläge der Wohnbausteuer ist die Bestimmung enthalten, dass jene Steuerpflichtigen, die ausser Wohnbausteuer auch Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs- oder Genussmittelabgabe zu zahlen haben, den Wohnbausteuerzuschlag auf die erwähnten Zahlungsverpflichtungen anrechnen können. Der Magistrat macht nun die Wahrnehmung, dass eine beträchtliche Anzahl von Steuerträgern bis heute diese Anrechnungsmöglichkeit des Wohnbausteuerzuschlages ausseracht gelassen hat. Es wird hiemit neuerlich ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Anrechenbarkeit erlischt, wenn sie nicht innerhalb von 12 Monaten vom Zeitpunkte der Fälligkeit des Wohnbausteuerzuschlages an geltend gemacht wurde.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit wird die Peter Jordanstrasse in der Strecke vom Haus Nummer 88 bis zur Berkowskygasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet.

-.-.-.-.-.-.-.-

I. N. 120973

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Jänner 1933

Ausserordentliche Notstandsaktion für arbeitslose Wiener.

Wie in den Vorjahren erhalten auch heuer bedürftige, nach Wien zuständige Arbeitslose eine einmalige Notstandsunterstützung. Die näheren Bestimmungen über die Anspruchsberechtigung sind den Verlautbarungen des Magistrates zu entnehmen, die in den Fürsorgeinstituten angeschlagen sind.

Die anspruchsberechtigten Personen haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens unter Beibringung der Anweisung ihrer Gewerkschaft oder des zuständigen Fürsorgerates in der Zeit von 8 Uhr bis 12 Uhr im Fürsorgeinstitut ihres Wohnbezirkes an folgenden Tagen einzufinden:

A, Ba-Bj.....Montag, den 9. Jänner;
Bk-B (Schluss), C.....Dienstag, den 10. Jänner;
D, E.....Mittwoch, den 11. Jänner;
G.....Donnerstag, den 12. Jänner;
Ha-Hn.....Freitag, den 13. Jänner;
F.....Samstag, den 14. Jänner;
Ho-H (Schluss), I, J.....Montag, den 16. Jänner;
Ka-Kn.....Dienstag, den 17. Jänner;
Ko-K (Schluss).....Mittwoch, den 18. Jänner;
M.....Donnerstag, den 19. Jänner;
N, O, Qu.....Freitag, den 20. Jänner;
L.....Samstag, den 21. Jänner;
P.....Montag, den 23. Jänner;
R.....Dienstag, den 24. Jänner;
S.....Mittwoch, den 25. Jänner;
Sch.....Donnerstag, den 26. Jänner;
T, U, V.....Freitag, den 27. Jänner;
St.....Samstag, den 28. Jänner;
Wa-Wj.....Montag, den 30. Jänner;
Wk-W (Schluss), X, Y, Z.....Dienstag, den 31. Jänner.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 73. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 1.172 Parteien in 130 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 5.775 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 44.300 Parteien in 5.045 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 241.766 Schilling genehmigt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
3
Wien, am 4. Jänner 1933

Neubauten von Klein-oder Mittelwohnungen werden von den Anliegerbeiträgen befreit.

Im Artikel VI der Bauordnung für Wien war für jene Neubauten, die die Herstellung von Klein-oder Mittelwohnungen bezweckten und spätestens bis 31. Dezember 1932 begonnen waren, die Befreiung von den Anliegerbeiträgen vorgesehen. Da die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die seinerzeit für die Befreiung massgabend waren, noch fortdauern, hat der Magistrat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der auch für die im Jahre 1933 entstehenden Neubauten von Klein-oder Mittelwohnungen die Befreiung von den Anliegerbeitragen vorsieht.

Um bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes Baubewilligungen für solche Neubauten nicht zu verzögern, ist die Weisung erteilt worden, in den zur Befreiung vorgeschlagenen Fällen die Entscheidung über die Verpflichtung zur Entrichtung des Anliegerbeitrages vorläufig aufzuschieben und erst nach Inkrafttreten des Gesetzes zu treffen.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Strassenbahnfahrpreis am 6. Jänner.

Uebermorgen, Freitag (Feiertag), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen-und Fürsorgefahrscheine haben daher Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrscheine und Wochenkarten dürfen für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an benützt werden. Die Schüleranweisungen hingegen sind ungültig.

-.-.-.-.-.-.-

Das Glatteis in Wien.

Das neuerlich verstärkte Auftreten von Glatteis in Wien hat schon Dienstag abends Massnahmen des städtischen Strassenpflegebetriebes erfordert. Um 21 Uhr sind bereits drei automobile Streumaschinen in den Dienst gestellt worden. In den ersten Morgenstunden des heutigen Tages sind ausserdem neunzig private Fuhrwerke zur Bestreuung der Fahrbahnen und zwanzig städtische Lastkraftwagenzüge für den Nachschub des erforderlichen Streumaterials eingesetzt worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

522 Fremde besichtigten im November das Wiener Rathaus.

Die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses wurden im vergangenen November von insgesamt 522 Personen besucht. Es waren dies 60 Einzelbesucher aus österreichischen Bundesländern, aus Deutschland, Ungarn, Rumänien, Frankreich, Italien, aus der Schweiz und aus der Tschechoslowakei und 14 Besuchergruppen mit zusammen 462 Teilnehmern. Aus Ueberseeländern waren unter den Besuchern des Wiener Rathauses 2 Reisende aus Britisch-Indien und 4 Reisende aus den Vereinigten Staaten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH 4
Wien, am 5. Jänner 1933

Ein mutwilliger Antrag auf Wiederaufnahme eines Abgabeverfahrens. Der Verwaltungsgerichtshof verhängt über einen Rechtsanwalt eine Mutwillensstrafe.

Ein Gastwirt war wegen Nichtfatierung eines Teiles seiner Küchenlosungen zur Nahrungs-oder Genussmittelabgabe vom Magistrat bestraft worden,worauf er durch den Rechtsanwalt Dr.Alfons Fasser die Wiederaufnahme des Strafverfahrens mit der Begründung beantragt hatte,dass die unregelmässige Gebarung in der Küche von seiner Gattin ohne sein Vorwissen eingeführt worden sei.Da die Behörde niemals bewiesen habe,dass er Anstifter oder Mitwisser der Tat seiner Gattin gewesen wäre,habe sie den Strafbescheid ihm gegenüber erschlichen.

Die Wiener Landesregierung hat diesen ganz aussichtslosen und mutwilligen Wiederaufnahmeantrag abgewiesen und gleichzeitig über den Rechtsanwalt eine Mutwillensstrafe von 100 Schilling verhängt.Der Rechtsanwalt ergriff gegen diese Entscheidung der Wiener Landesregierung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof.Dieser hat nun die Mutwillensstrafe mit der Begründung aufgehoben,dass nach dem Verwaltungsstrafgesetz gegen den Beschuldigten eine Mutwillensstrafe nicht verhängt werden dürfe. Die gleichzeitig eingebrachte Beschwerde gegen die Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag hat der Verwaltungsgerichtshof jedoch abgewiesen und über den beschwerdeführenden Rechtsanwalt selbst eine Mutwillensstrafe von 100 Schilling verhängt.

In der Begründung des Erkenntnisses führt der Verwaltungsgerichtshof aus,dass das Erschleichen eines Bescheides nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz durch die Behörde,die den Bescheid erlasse, überhaupt unmöglich sei.Jedes Erschleichen setze nämlich eine listige Handlung einer von der Behörde und deren Organen verschiedenen Person voraus,ohne welche Handlung die Behörde den Bescheid nicht erlassen haben würde.Bei dieser Sach-und Rechtslage habe eine Wiederaufnahme des Verfahrens von allem Anfang an als völlig aussichtslos erscheinen müssen, worüber namentlich der Vertreter des Beschwerdeführers als Rechtanwalt nicht habe im Unklaren sein können.Es sei also eine mutwillige Inanspruchnahme der Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofes vorgelegen.

.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 7.Jänner 1933.

Die Wiener lernen schwimmen.

Sehr gute Erfolge der unentgeltlichen Schwimmunterrichtskurse in den städtischen Hallenschwimmbädern.

Bekanntlich hat die Gemeinde Wien im vorjährigen Mai unentgeltliche Schwimmunterrichtskurse für Erwachsene in den städtischen Schwimmhallenbädern Amalienbad und Jörgerbad eingerichtet.Wie vorauszusehen war, erfreuen sich diese Schwimmkurse bei der Bevölkerung der grössten Beliebtheit.Insgesamt wurden bisher 105 Kurse, und zwar 40 Kurse für Männer und 65 Kurse für Frauen, abgehalten.An diesen Kursen nahmen 2.030 Personen teil, von denen 1.140 Teilnehmer die Kurse mit bestem Erfolg beendeten.Die Anmeldungen zu den vollkommen unentgeltlichen Schwimmunterrichtskursen sind so stark,dass die anfänglich vorgesehene Zahl von vier Kursen in jeder Schwimmhalle auf acht,beziehungsweise neun Kurse erhöht werden musste.

Die Schwimmhallen des Amalienbades und Jörgerbades werden mit vorgewärmten Hochquellenwasser gespeist.Die Temperatur des Wassers beträgt im Winter 21 bis 22 Grad,im Sommer 22 bis 23 Grad Celsius.Entsprechend der stets gleich gehaltenen Wassertemperatur wird die Lufttemperatur auf etwa 24 bis 26 Grad Celsius gehalten,so dass die Badegäste jederzeit die gleichen Temperaturverhältnisse im Wasser und in der Luft vorfinden.Es ist selbstverständlich,dass auch diese Annehmlichkeiten zu dem starken Besuch der unentgeltlichen Schwimmunterrichtskurse insbesondere im Winter beigetragen haben.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Jubilare der Ehe.

Heute feierten die Ehepaare Franz und Anna Jerabek,Hermann und Jeanette Kohn, Samuel und Rosalia Offner und Johann und Alosia Patak das Fest der goldenen Hochzeit.Aus diesem Anlass veranstalteten die Familien der Jubelpaare in deren Wohnungen herzliche Feiern,an denen in Vertretung des Bürgermeisters auch amtsführender Stadtrat Honay teilnahm,der die goldenen Hochzeiter beglückwünschte und ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

509.835 Gasabnehmer in Wien.

Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke teilt mit,dass am 31.Dezember 1932 insgesamt 509.835 Konsumenten Gas von den städtischen Gaswerken bezogen haben.Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 31.Dezember 1932 mehr als eine Verdoppelung,da am 31.Dezember 1913 die städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten.Im vergangenen Dezember haben die städtischen Gaswerke 1.935 Gasmesser neu aufgestellt,519 Gasmesseranlagen vergrössert und 141 Neuanschlüsse durchgeführt.Der Verkauf von Gasgeräten war im Berichtsmonate ein sehr reger;an Gasherden,Kochplatten,Bratröhren,Gasbügeleinrichtungen und Gasbadeöfen wurden insgesamt 833 Geräte verkauft.Auch der Verkauf von Koksöfen war sehr lebhaft;es wurden 273 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" und 246 Firmenöfen abgesetzt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 6
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 9. Jänner 1933.

Eine Rummelhardtgasse in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat heute auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen, die bisher unbenannte Verbindungsgasse zwischen der Höfergasse und der Spitalgasse auf dem Alsergrund nach dem am 19.Oktober 1930 verstorbenen Stadtrat Karl Rummelhardt "Rummelhardtgasse" zu benennen.

Karl Rummelhardt wurde am 15. Dezember 1872 als Sohn eines Gastwirtes in Wien geboren. Nach Absolvierung der Mittelschulstudien besuchte er das Wiener Pädagogium; er war dann in Stockerau als Volksschullehrer tätig, wirkte später an verschiedenen Schulen Wiens und wurde schliesslich Direktor der Technisch-Gewerblichen Fortbildungsschule in Wien. Dann war er als Konzeptsbeamter beim Fortbildungsschulrat für Wien tätig und beendete dort seine Laufbahn als Amtsdirektor. Rummelhardt gehörte 16 Jahre lang dem Wiener Gemeinderat an und war 12 Jahre Stadtrat. Er starb am 19. Oktober 1930.

Die Erläuterungstafel wird folgende Aufschrift tragen: "Karl Rummelhardt (1872 - 1930), Direktor der Gewerblichen Fortbildungsschule, Stadtrat".

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

3523 Einäscherungen im Jahre 1932 in Wien.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, wurden vom 1. Jänner bis 31. Dezember des abgelaufenen Jahres in der Feuerhalle der Stadt Wien 3.523 Leichen eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 2.022 männlichen und 1.501 weiblichen Geschlechtes; 2.115 hatten der römisch-katholischen, 69 der altkatholischen, 296 der evangelischen und 264 der mosaischen Religion angehört, während 770 konfessionslos waren. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden im vergangenen Jahr 667 Einsegnungen nach altkatholischem und 458 Einsegnungen nach evangelischem Ritus vorgenommen; 3.118 Leichen wurden aufgebahrt. 377 Leichen wurden von auswärts zur Einäscherung nach Wien gebracht.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Neue Kurse an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, Sperrgasse 8-10, beginnen jetzt folgende neue Kurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Frisieren, moderne Werktechniken und kunstgewerbliche Metallarbeiten. Auskünfte und Einschreibungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei; Fernruf R 38- 4-57.

-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 10. Jänner 1933

Das Glatteis in Wien.

Die Kosten der Glatteisbekämpfung etwa 250.000 Schilling.

Einige Zei hindurch waren die Wiener Strassen und Wege während des kalten Nebelwetters immer wieder von Glatteis bedeckt;immer wieder musste der städtische Strassenpflegebetrieb für die Bestreuung der Strassenübergänge und für die Reinigung der Strassen von Glatteis Vorsorge treffen.Wie sich aus einer Aufstellung über die Kosten dieser Glatteisbekämpfung in den Wiener Strassen ergibt,sind allein für das Aufstreumaterial 100.000 Schilling vom städtischen Strassenpflegebetrieb aufgewendet worden.Dazu kommen noch rund 146.000 Schilling Kosten der Durchführung der Bestreuung; dabei sind selbstverständlich die Löhne und Gehälter des ständigen Strassenpflegepersonals nicht eingerechnet.Die Gemeinde Wien hat also für die Bekämpfung des Glatteises in den Wiener Strassen in den letzten Wochen insgesamt mehr als eine Viertelmillion Schilling aufgewendet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Ausländische Gäste in Wien.

In den letzten Wochen besichtigten der Nobelpreisträger Schriftsteller Sinclair Lewis und dessen Gattin,die Schriftstellerin Dorothy Thompson-Lewis,der englische Dramatiker Mr.Nichols und Frau (London),der Schriftsteller W.A.Wilson und Frau (London),der Schriftsteller Wilson Vance (New York),der frühere französiche Ministerpräsident Senator Joseph Cailaux und Frau,der Vizepräsident des Pariser Gemeinderates M.Lavée,der ägyptische Staatssekretär A.R.Fahmi (Kairo),der ägyptische Chargé d'Affaires in Wien,Souror Bey,der preussische Regierungspräsident a.D.Frh.von Langenberg(Breslau),Schriftsteller Richard L.Morton (London),der Obmann des japanischen Gewerkschaftsbundes Bunji Suzuki (Tokio)in Begleitung der Vertreter Japans beim Völkerbund,Oberrichter M.Müller (Arbon),Frau Margarethe Pestalozzi (Zürich),Miss H.Ericson und Miss J.Wilkinson (New York),die Lehrer und Absolventinnen des Miss Mac-May-Institutes in Florenz,der Sozialminister des insischen Staates Baroda,Mr.V.V.Vadnerkar,Oberst Michael Adeane (London),der Professor für Soziologie W.A.Turner (New York),Bürgermeister Pichler (Klagenfurt) und eine Reihe anderer Gäste neue städtische Wohnhausanlagen,Wohlfahrtsanstalten und städtische Bäder.An der Weihnachtsfeier im Kindergarten Sandleiten nahmen die Gemahlin des Beraters der Nationalbank,Frau Frère,und Schriftsteller H.W.Brown (London) teil.Die Gäste sprachen sich über das Gesehene in äusserst anerkennenden Worten aus.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Schneesäuberungsarbeiten.

Der Schneefall,der Montag abends in Wien einsetzte,hat den städtischen Strassenpflegebetrieb veranlasst,noch im Laufe der Nacht alle verfügbaren Mannschaften und Maschinen für die Schneesäuberungsarbeiten einzusetzen.Insgesamt standen 948 städtische Strassenarbeiter und 3.013 Arbeitslose,die für die Schneesäuberung aufgenommen worden waren,in Verwendung.Ausserdem wurden 213 Pferdeschneepflüge,13 Autokehrzüge und 1 Autoschneepflug zur Strassenreinigung herangezogen.Für die Freimachung der Strassenbahngleise wurden fast 200 Schneearbeiter,70 Motorpflüge und 4 Autoschneepflüge verwendet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 8
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 11. Jänner 1933

Geehrte Redaktion!

Uebermorgen, Freitag, um 12 Uhr findet im Journalistenzimmer des Rathauses (Präsidium, I. Stock) eine

P r e s s e k o n f e r e n z

statt. In dieser Pressekonferenz wird Stadtrat Professor Dr. Tandler über die nächsten Aktionen der "Winterhilfe" wichtige Mitteilungen machen.

Wir ersuchen, zu dieser Pressekonferenz einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu entsenden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

Am vergangenen Sonntag jährte sich zum fünfzigstenmal der Tag der Eheschliessung der Ehepaare Johann und Magdalena Ditz und Johann und Katharina Dörfler. Aus diesem Anlass veranstalteten die Kinder der Jubelpaare Familienfeiern, an denen in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teilnahm, der die Glückwünsche und Ehrengabe der Stadt Wien überreichte.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Strassenpflegebetrieb setzt die Schneesäubereungsarbeiten ununterbrochen fort. Während der heutigen Nacht und des heutigen Tages waren 997 städtische Strassenarbeiter und 3.504 Arbeitslose, die für die Schneebeseitigung aufgenommen worden waren, mit den notwendigen Schneearbeiten beschäftigt. Für die maschinelle Schneesäuberung wurden 67 Pferdeschneepflüge, 1 Autoschneepflug, 18 Pferdekehrmaschinen und 12 Autokehrzüge verwendet.

-.-.-.-.-.-.-.-

Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Im September 1932 für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien über zwei Millionen Schilling aufgewendet.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen September in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1,268.300 Schilling, für Pflegebeiträge 501.700 Schilling, für Pflegegelder 186.300 Schilling und für Aushilfen 72.200 Schilling ausgegeben. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 2,028.500 Schilling aufgewendet, um 164.200 Schilling mehr als im September 1931.

-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Landstrasse.

Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt morgen, Donnerstag, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
9
Wien, am 12. Jänner 1933.

Abweisung einer Beschwerde wegen Bemessung der Nahrungs- oder Genussmittelagbabe durch den Verwaltungsgerichtshof.

In einem Kaffeehaus war vom Magistrat festgestellt worden, dass für die Bemessung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und der Lustbarkeitsabgabe nicht alle an die Gäste verabfolgten Konsumationen einbekannt und abgerechnet werden. Die Inhaberin des Kaffeehauses hat gegen die amtlichen Bemessungen die Beschwerde an die Abgabenberufungskommission ergriffen. Diese Beschwerde ist von der Abgabenberufungskommission abgewiesen worden, worauf die Partei gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gerichtet hat. In dieser Beschwerde ist ausgeführt worden, dass es ungesetzlich sei, die Lustbarkeitsabgabe und die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe- diese im erhöhten Ausmasse - schon von den Losungen für jene Konsumationen zu berechnen, die an Gäste während einer Stunde vor Konzertbeginn verabfolgt werden. Im übrigen stimmen die Beobachtungen des Magistrates mit den Tatsachen nicht überein und seien die Schätzungen fehlerhaft.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In dem Erkenntnis wird ausgeführt, dass die Einbeziehung der Konsumationen eine Stunde vor Konzertbeginn in die Lustbarkeitsabgabe und in die erhöhte Nahrungs- oder Genussmittelabgabe im Gesetz begründet sei. Es sollen nämlich von der Abrechnung die Entgelte von allen jenen Konsumationen erfasst werden, die anlässlich der Veranstaltung verabfolgt werden. Nun sei bekannt, dass Konzertlokale schon vor Beginn des Konzertes aufgesucht werden und dass auch schon Beginn des Konzertes Konsumationen erfolgen. Es widerspreche daher nicht dem Sinn des Gesetzes, die Konsumationen, die eine Stunde vor Konzertbeginn verabfolgt worden seien, in die genannten Abgaben einzubeziehen. Zur amtlichen Bemessung sei die Behörde deshalb berechtigt, weil durch das Ergebnis der Revision festgestellt worden sei, dass die Bücher tatsächlich mangelhaft gewesen seien und nicht alle abgabepflichtigen Konsumationen enthalten haben. Es liege im Wesen der amtlichen Bemessung, dass ihr nicht mehr die Aufzeichnungen der Geschäftsbücher zugrundezulegen seien, sondern dass die Behörde berechtigt sei, den Umsatz schätzungsweise zu ermitteln.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schneesäuberungsarbeiten.

In Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten verwendete heute der städtische Strassenpflegebetrieb 941 städtische Strassenarbeiter und 900 Arbeitslose, die für die Schneebeseitigung aufgenommen worden waren. Für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr wurden ein Autuschneepflug, 1 automible Aufstreumaschine, 14 Lastkraftwagen und 95 Pferdefuhrwerke in den Dienst gestellt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Jänner 1933

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im vergangenen Oktober.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik kamen im vergangenen Oktober in Wien 1.078 Säuglinge lebend zur Welt;das sind um 116 weniger als im vergangenen September und um 193 weniger als im Oktober 1931.Von den Lebendgeburten waren 588 Knaben und 490 Mädchen,838 eheliche und 240 uneheliche Kinder.In der Wohnung der Mutter wurden 167,in Anstalten 911 Kinder geboren.Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 137,um 6 mehr als im Oktober 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 1.920 Personen;das sind um 315 Personen mehr als im vergangenen September,aber um 223 weniger als im Oktober 1931.Von den Verstorbenen waren 962 männlichen und 958 weiblichen Geschlechtes;1.806 gehörten der Wiener Bevölkerung an,während 114 ortsfremd waren.In der Wohnung starben 804,in Anstalten 1.116 Personen. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 336 Fällen organische Herzkrankheiten,in 333 Fällen Krebs,in 167 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in je 103 Fällen Gehirnschlag und Lungen- und Rippenfellentzündung angegeben worden;86 Anzeigen haben als Todesursachen Arterienverkalkung, 61 Anzeigen Altersschwäche und 35 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet.90 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren,23 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren,10 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren,29 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren,87 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren,119 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren,210 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 399 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren;1.033 Verstorbene waren mehr als 60 Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im vergangenen Oktober 113;das sind um 24 mehr als im vergangenen September und um 1 weniger als im Oktober 1931.Im Berichtsmonate unternahmen 174 Personen einen Selbstmordversuch,um 25 mehr als im vergangenen September und um 7 mehr als im Oktober 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet,dass im vergangenen Oktober in Wien 70 Säuglinge starben,um je 13 weniger als im vergangenen September und im Oktober 1931.Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 34 Knaben und 36 Mädchen,41 eheliche und 29 uneheliche Kinder;41 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat,29 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im vergangenen Oktober 17.400 Personen nach Wien zugewandert und 10.386 Personen von Wien abgewandert.Die Zunahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt daher im Berichtsmonate 7.014 Personen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Pressekonferenz über die "Winterhilfe".

Heute mittags fand im Wiener Rathaus eine Pressekonferenz über neue Aktionen der heurigen Winterhilfe statt.Das Referat erstattete Stadtrat Professor Dr. Tandler.Der Bericht liegt für jene Zeitungen, die bei der Pressekonferenz nicht vertreten waren,unserer Ausgabe bei.

-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 11
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 14. Jänner 1933.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 74. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 868 Parteien in 83 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.349 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 45.168 Parteien in 5.128 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 245.000 Schilling genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Freie Arztstelle.

Auf der internen Abteilung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitales der Stadt Wien gelangt mit 1. April die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 356'25 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 1o' 45 Schilling monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 33 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird.

Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt sein müssen, sind bis spätestens 4. Februar im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstweg vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling zu versehen, die Gesuchsbeilagen, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von 2o Groschen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Die Bezirksvertretung Währing tritt am Dienstag, den 17. Jänner, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

-.-.-.-.-.-.-

1.241 Trauungen im Oktober 1932 in Wien.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen Oktober in Wien 1.241 Trauungen vollzogen; das sind um 22 Trauungen mehr als im vergangenen September, aber um 43 Trauungen weniger als im Oktober 1931. Vor römisch katholischen Seelsorgern wurden 86o Ehen, vor der politischen Behörde 191 Ehen geschlossen.

-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
12
Wien, am 16. Jänner 1933

Geehrte Redaktion!

Die städtischen Sammlungen haben bei der im vergangenen Septembe stattgefundenen Versteigerung der Bestände der "Wiener Werkstätte" eine Reihe von kunstgewerblichen Arbeiten dieses Unternehmens für das Historische Museum der Stadt Wien angekauft, die nunmehr als Kollektion in der III. Abteilung des Museums aufgestellt worden sind.

Vor der offiziellen Eröffnung der Ausstellung dieser angekauften kunstgewerblichen Arbeiten der "Wiener Werkstätte" findet übermorgen, Mittwoc in der Zeit von 12 Uhr bis 14 Uhr eine Vorbesichtigung durch die Vertreter der Tagespresse statt. Die Direktion der städtischen Sammlungen ladet hiemit zu dieser Pressevorbesichtigung höflichst ein und ersucht, einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu entsenden.

.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
13
Wien, am 17. Jänner 1933

Förderung der privaten Bautätigkeit durch die Gemeinde.

Die Gemeinde Wien trägt die Kosten der Strassenherstellung bei Neubauten von Klein- und Mittelwohnungen.

Die Gemeinde Wien hat bei allen Wohnbauten, die auf Grund des stattlichen Wohnbauförderungsgesetzes Anspruch auf den Bundeszuschuss erheben konnten, von der Beitragsleistung zu den Kosten der Strassenherstelllung den sogenannten Anliegerbeiträgen, abgesehen. Da das Wohnbauförderungsgesetz am 31. Dezember 1932 abgelaufen ist, wären diese Beiträge jetzt an die Gemeinde zu leisten.

Amtsführender Stadtrat Honay unterbreitete nun am Montag dem Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten einen Gesetzentwurf, der vorsieht, dass Neubauten von Klein-und Mittelwohnungen von den Anliegerbeiträgen für das Jahr 1933 befreit werden; ferner sollen alle vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes bewilligten und begonnenen Neubauten von Klein-und Mittelwohnungen, auf die die Bestimmungen des Gesetzentwurfes zutreffen, ebenfalls von den Anliegerbeiträgen befreit werden. Gemeinderat Dr. Wernisch (chr. soz.) beantragte eine stärkere Berücksichtigung der gemeinnützigen Siedlungsbauten; dieser Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Der Gesetzentwurf wird nunmehr dem Wiener Landtag in dessen nächster Sitzung zur Beschlussfassung vorliegen.

Die Bauordnung für Wien bestimmt für Kleinwohnungen ein Ausmass von 60 Geviertmetern, für Mittelwohnungen ein Ausmass von 100 Geviertmetern. Diese Ausmasse beziehen sich jedoch nur auf die bewohnbare Bodenfläche; Küchen, Vorräume, Badezimmer und ähnliche Räume sind nicht einzurechnen. Die Anliegerbeiträge sind verschieden hoch; sie betragen bei Hochbauten ungefähr ein Prozent, bei Einfamilienhäusern mehr als sechs Prozent der Baukosten. Die Befreiung der Neubauten von Klein-und Mittelwohnungen von den Anliegerbeiträgen bedeutet daher eine sehr namhafte Förderung der privaten Bautätigkeit durch die Gemeinde Wien.

.-.-.-.-.-.-.-.

Keine Rückzahlungspflicht der Abgabenbehörde im Falle der Aufhebung einer Entscheidung wegen mangelhaften Verfahrens durch den Verwaltungsgerichtshof.

Der Verwaltungsgerichtshof hatte einen Bescheid betreffend eine Nachzahlung der Nahrungs -oder Genussmittelabgabe wegen mangelhaften Verfahrens aufgehoben. Daraufhin hatte die Partei gegen die Gemeinde Wien beim Verwaltungsgerichtshof eine Klage auf Rückzahlung von über 5000 Schilling an entrichteter Nahrungs- oder Genussmittelabgabe eingebracht. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun kürzlich diese Klage ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen und die Klägerin gleichzeitig zum Prozesskostenersatz verurteilt. In der Begründung seines Erkenntnisses führt der Verwaltungsgerichtshof aus, dass die Behörde an Stelle des aufgehobenen Bescheides noch keinen neuen Bescheid erlassen habe, das Verwaltungsverfahren daher noch nicht abgeschlossen sei. Es sei Sache des noch schwebenden Verwaltungsverfahrens, über die Frage der Abgabepflicht der Klägerin und über die Höhe des schuldigen Abgabebetrages zu entscheiden. Der Verwaltungsgerichtshof sei aber nicht zuständig, über eine Klage zu erkennen, mit der ein vermögensrechtlicher Anspruch geltend gemacht werde, der nach den hiefür massgebenden gesetzlichen Vorschriften im Verwaltungswege bescheidmässig auszutragen sei.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
14
Wien, am 18. Jänner 1933.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das städtische Gesundheitsamt teilt mit, dass im vergangenen Dezember 525 Anzeigen über Scharlacherkrankungen und 667 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen erstattet worden sind. Die Zahl der an das städtische Gesundheitsamt im vergangenen Jahr erstatteten Scharlachmeldungen betrug insgesamt 5.470, die Zahl der Diphtherieanzeigen 4.433. Das sind um 183 Meldungen über Scharlacherkrankungen und um 113 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen mehr als im Jahre 1931, hingegen um 765 Scharlachanzeigen und um 198 Diphtheriemeldungen weniger als im Jahre 1930.

Ueber die Grippehäufigkeit berichtet das städtische Gesundheitsamt, dass im vergangenen Oktober 48 Anzeigen, im vergangenen November 323 Anzeigen, im vergangenen Dezember 324 Anzeigen und bis 14. Jänner des heurigen Jahres 236 Anzeigen über Grippeerkrankungen an das städtische Gesundheitsamt erstattet worden sind. Da im Jänner 1932 im gleichen Zeitraum bereits 622 Grippemeldungen an das städtische Gesundheitsamt erstattet worden waren, ist erfreulicherweise festzustellen, dass von einer Grippehäufigkeit wie im Vorjahr heuer nicht gesprochen werden kann.

-.-.-.-.-.-.-.-

632 Konfessionsänderungen im Oktober 1932 in Wien.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen Oktober an den Wiener Magistrat 632 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet; das sind um 54 Anzeigen weniger als im vergangenen September und um 139 Anzeigen weniger als im Oktober 1931. Im vergangenen Oktober zeigten 442 Personen ihren Austritt aus der römisch- katholischen Kirche, 57 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 364 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau hält **morgen, Donnerstag**, um 18 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

14

-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
15
Wien, am 19. Jänner 19333

Die Wasserversorgung Wiens.
Ein Aufruf des Wiener Magistrates.

Die Magistrats-Abteilung 34 a hat im Dezember an alle Hausinhabungen einen Aufruf gerichtet,im dem es unter amderm heisst:

Die vom Magistrat gepflogenen Erhebungen haben ergeben,dass für viele Bewohner Wiens die im Wasserversorgungsgesetz vorgesehene,vollkommen abgabefreie Zumessung von 35 Litern Wasser pro Kopf und Tag zu Unrecht doppelt in Anspruch genommen wird.Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen,dass viele Hausinhabungen die im Gesetz vorgeschriebene,alljährlich im Jänner zu erstattende Anmeldung aller im vorhergegangenen Jahr erfolgten Bewohnerstandsänderungen unterlassen haben.Der Magistrat bringt diese gesetzliche Vorschrift in Erinnerung und erwartet,dass die Hausinhabungen jener Häuser,in denen Veränderungen des Bewohnerstandes während des Jahres oder noch früher eingetreten,jedoch nicht gemeldet worden sind,diese Aenderungen im Jänner 1933 der Magistrats-Abteilung 34 a,Grabnergasse 6,bekanntgeben werden.Die Meldungen sind auch von jenen Hausinhabungen zu machen,die in ihren Häusern keinen Wassermehrverbrauch aufweisen.

Zu zählen sind nur die im Haus ständig wohnenden und dort polizeilich gemeldeten Personen einschliesslich der Kinder;hingegen sind im Haus nicht wohnhafte Geschäftsinhaber und dort bloss beschäftigte Arbeiter und Angestellte in den Bewohnerstand nicht einzurechnen,da sie in den Häusern ihres ständigen Wohnsitzes gezählt werden.

Diese Meldungen sind bisher nur von der Hälfte aller Wiener Hausinhabungen erstattet worden.Der Magistrat bringt daher die im Gesetz vorgeschriebene,alljährlich im Jänner zu erstattende Anmeldung aller im vorhergegangenen Jahr erfolgten Bewohnerstandsänderungen nochmals in Erinnerung und macht darauf aufmerksam,dass gegen alle Hausinhabungen,die diese gesetzlich vorgeschriebene Richtigstellung der Bewohnerstandsmeldungen bis 31.Jänner dieses Jahres nicht durchführen,mit strengen Verwaltungsstrafen vorgegangen werden wird,wenn sich bei den folgenden amtlichen Ueberprüfungen Unrichtigkeiten ergeben;ausserdem wird in diesen Fällen eine nach dem Gesetz erhöhte Gebühr für das unrechtmässig bezogene Freiwasser rückwirkend vorgeschrieben werden.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 16
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 20. Jänner 1933.

Wien in Zahlen.

Statistische Daten vom vergangenen Oktober.

Strassenbahn und Autobus.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, hatten die Wiener städtischen Strassenbahnen einschliesslich der Stadtbahn im vergangenen Oktober eine Fahrtleistung von 11,404.000 Wagenkilometern. Strassenbahn und Stadtbahn beförderten im Berichtsmonate 46,367.000 Fahrgäste; das sind saisongemäss um 3,623.000 Fahrgäste mehr als im vergangenen September, aber um 4,766.000 Fahrgäste weniger als im Oktober 1931.

Die städtischen Autobusse fuhren im vergangenen Oktober 313.000 Wagenkilometer. Sie beförderten im Berichtsmonate 2,503.000 Fahrgäste, um 220.000 Fahrgäste mehr als im vergangenen September, hingegen um 324.000 Fahrgäste weniger als im Oktober 1931.

Der Gas-, Strom-, Wasser- und Brennstoffverbrauch.

Der Wasserverbrauch in Wien betrug im vergangenen Oktober 7,915.000 Kubikmeter, um 1,263.000 Kubikmeter weniger als im vergangenen September und um 11.000 Kubikmeter weniger als im Oktober 1931.

Die städtischen Elektrizitätswerke erzeugten im Berichtsmonate 43,278.000 Kilowattstunden Strom; da sie im vergangenen September 38,053.000 Kilowattstunden und im Oktober 1931 49,321.000 Kilowattstunden Strom erzeugt hatten, ergibt sich im Berichtsmonate gegenüber dem vergangenen September eine Mehrerzeugung von 5,225.000 Kilowattstunden und gegenüber Oktober 1931 eine Mindererzeugung von 6,043.000 Kilowattstunden Strom.

Der Gaskonsum im vergangenen Oktober in Wien betrug 27,661.000 Kubikmeter, um 184.000 Kubikmeter weniger als im Oktober 1931.

Nach dem Monatsausweis der Magistratsabteilung für Statistik wurden im Berichtsmonate in Wien 217.000 Tonnen Brennstoffe verbraucht; das sind um 19.000 Tonnen mehr als im vergangenen September, aber um 64.000 Tonnen weniger als im Oktober 1931.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Strassenpflegebetrieb verwendete heute für die Schneesäuberungsarbeiten 947 städtische Strassenarbeiter und 4.051 Arbeitslose, die für die Schneebeseitigung aufgenommen worden waren. Für die maschinelle Schneesäuberung und für die Schneeabfuhr wurden 244 Pferdeschneepflüge, 12 Autoschneepflüge, 12 Lastkraftwagen und 8 Pferdefuhrwerke in den Dienst gestellt. Die städtischen Strassenbahnen verwendeten für die Freimachung der Gleise 415 Arbeitslose, 5 Autoschneepflüge und 75 Motorpflüge.

-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 20. Jänner 1933.

Die wirtschaftliche Lage der Strassenbahnen.

In einer heute abends abgehaltenen Pressekonferenz berichtete Vizebürgermeister Emmerling über die wirtschaftliche Lage der Strassenbahnen. In seinem Referat führte er aus:

Die jahrelange Wirtschaftskrise hat wohl am schwersten die Verkehrsbetriebe getroffen. Die Millionen Arbeitsloser sind als Fahrgäste verloren gegangen, die Millionen Kurzarbeiter benützen tagelang kein Verkehrsmittel. Die Schrumpfung des Wirtschaftslebens führt zu einer starken Verringerung des Verkehrsbedürfnisses. Das geringere Einkommen der noch in Arbeit stehenden Bevölkerung zwingt diese zur grössten Sparsamkeit bei Benützung der Verkehrsmittel. Alle Verkehrsunternehmungen in Krisenländern, ob Eisenbahnen, Strassenbahnen oder Autobusse, haben in gleicher Weise unter der Krise gelitten. In Amerika ist der grösste Konzern der Strassenbahnen und der Elektrizitätswerke (Insull-Konzern) zusammengebrochen. Die Strassenbahnen der deutschen Grosstädte haben schwere Fahrgästeverluste erlitten. So hat die Berliner Strassenbahn 46'8 Prozent ihrer Höchstfrequenz verloren, die Hamburger Strassenbahn 43' 2 Prozent, Köln 44' 6 Prozent und Leipzig 59' 5 Prozent.

Die Wiener Strassenbahn hat sich der Weltkrise und der besonderen österreichischen Krise gegenüber widerstandsfähiger gezeigt als die deutschen Strassenbahnen. Es ist ihr gelungen, seit fast 4 Jahren ohne eine Tariferhöhung und ohne nennenswerte Verringerung der Lohnansätze, nur durch grösste Sparsamkeit in der Ausgabenwirtschaft bis heute die notwendigsten Betriebsausgaben decken zu können. Freilich sind dadurch der Industrie wichtige Aufträge verlorengegangen. Nun sind die Schwierigkeiten so gross geworden, dass neue Massnahmen erforderlich sind.

Die Wiener Strassenbahn und Stadtbahn rechnet im Jahre 1933 mit nur mehr 446 Millionen Fahrgästen, das sind um 50 Millionen (10 Prozent) weniger als im Jahre 1932, um 107 Millionen (19'3 Prozent) weniger als im Jahre 1931 und um 188 Millionen (29'6 Prozent) weniger als zur Zeit der höchsten Frequenz im Jahre 1928. Die Strassenbahn hat also fast 1/3 ihrer Fahrgäste verloren. Der Fahrgästeverlust gegenüber der Höchstfrequenz macht mehr aus als zum Beispiel die gesamte Jahresfrequenz der Münchener Strassenbahn (172 Millionen), oder 9mal soviel wie die Jahresfrequenz der Grazer Strassenbahn und 18mal soviel wie die Jahresfrequenz der Linzer Strassenbahn.

Entsprechend dem riesigen Fahrgästeverlust sind auch die Einnahmen gesunken. Die Strassenbahn rechnet im Jahre 1933 mit nur mehr 113'7 Millionen Schilling Gesamteinnahmen, das sind um 12'8 Millionen Schilling (10'2 Prozent) weniger als im Jahre 1932 , 27'3 Millionen Schilling (19'4 Prozent) weniger als im Jahre 1931 und um 33'2 Millionen Schilling (22'6 Prozent) weniger als im Jahre 1930. Der Einnahmen - verlust gegenüber dem Jahre 1930 (33 Millionen Schilling) macht so viel aus, wie die Entlohnung von 7000 Bediensteten, das ist der Hälfte des Standes, in einem Jahre kostet. Wenn die Strassenbahnen ihre Personalausgaben im selben Ausmass herabsetzen müssten, wie die Einnahmen gesunken sind, so müsste also entweder die Hälfte der Bediensteten entlassen oder das Einkommen aller Bediensteten um die Hälfte verkürzt werden.

Die Strassenbahn war bis zum Herbst 1932 imstande, aus ihren Betriebseinnahmen wenigstens die unerlässlichsten Betriebsausgaben und die allernotwendigsten Erneuerungsarbeiten zu decken. Sie war aber schon seit Jahren nicht mehr imstande, so viel zu verdienen, dass auch im Umfan-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
II. Blatt
Wien, am .....

ge der kaufmännisch notwendigen Abschreibungen Neuanschaffungen (Investitionen) gemacht . . hätten werden können. Die Strassenbahn hat also schon lange auf Kosten ihrer Substanz gelebt, was auch in den jährlich aufscheinenden Bilanzdefiziten seinen Ausdruck gefunden hat. Damit teilt die Strassenbahn nur das Schicksal der meisten Privatunternehmungen, die während der Krise auch nicht imstande sind, so viel neu zu investieren, als das Anlagevermögen entwertet wird, und sich auch damit begnügen müssen, wenigstens die Betriebsausgaben und den Zinsen-und Kapitalsdienst ins Verdienen zu bringen.

Nach dem Wirtschaftsplan für das Jahr 1933 hat sich aber die Situation der Strassenbahn wesentlich verschlechtert. Wenn man auch weiterhin die Notwendigkeit von Rücklagen und von Investitionen im Umfange der Abschreibungen vernachlässigt, so werden den Strassenbahnen im Jahre 1933 doch für ihre gesamten Betriebsausgaben, dringendsten Erneuerungsarbeiten und für den Zuschuss an die Pensionskasse 14 Millionen Schilling fehlen. Dies bedeutet, dass die Strassenbahnen voraussichtlich schon im Februar nicht mehr so viel Geld aufbringen werden, um den vollen Lohn auszubezahlen. Die Strassenbahnen können ihre Ausgaben für Materialien, Strom und so weiter nicht einstellen. Würde die Gemeindeverwaltung also keine Sanierungsmassnahmen für die Strassenbahnen treffen, so würden den Strassenbahnen die 14 Millionen Schilling bei ihren Auszahlungen fehlen. Die ganze Wucht des Kassendefizites, Monat für Monat fast 1'2 Millionen Schilling, würde also dann, wenn keine Massnahmen getroffen werden, nur die Angestellten des Unternehmens treffen. Müsste das gesamte Kassendefizit beim Personalaufwand hereingebracht werden, so würde dies eine mehr als 2oprozentige Kürzung des Lohnes erfordern. Da es offenbar unmöglich ist, den Beamten und Bediensteten der Strassenbahn eine so einschneidende Lohnherabsetzung aufzuerlegen, ist die Gemeindeverwaltung gezwungen, alle nur irgendwie denkbaren Sanierungsmassnahmen für den Strassenbahnbetrieb rasch durchzuführen.

Vor Besprechung der Sanierungsmassnahmen ist noch die Frage zu untersuchen, ob nicht entsprechende Ersparungen beim Sachaufwand der Strassenbahnen möglich sind. Die Betriebsausgaben der Strassenbahnen (ohne Abschreibungen und ohne Zinsen- und Kapitalsdienst) werden im Jahre 1933 rund 108 Millionen Schilling betragen. Davon entfallen auf den Personalaufwand einschliesslich der sozialen Ausgaben und der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Schematisten allein 88'5 Millionen Schilling, das sind 82 Prozent der Betriebsausgaben. Der sogenannte Sachaufwand macht rund 19'5 Millionen Schilling oder 18 Prozent der Betriebsausgaben aus. In diesen 19'5 Millionen Schilling Sachaufwand ist eine Reihe von nicht veränderbaren Ausgaben enthalten, wie Steuern, Gebühren und Abgaben, von rund 5'1 Millionen Schilling und der Kraftstrom mit rund 6 Millionen Schilling, insgesamt also 11'1 Millionen Schilling Ausgaben, die durch keine Massnahme der Direktion vermindert werden können. Der restliche Sachaufwand macht für das Betriebsmaterial und für Instandhaltungskosten der Wagen, Gebäude und Gleise 6'5 Millionen Schilling aus und für die restlichen Unkosten 1'9 Millionen Schilling. Insgesamt macht also der von der von der Direktion beeinflussbare Teil des Sachaufwandes nur

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
III. Blatt
Wien, am .....

8'4 Millionen Schilling, das sind nicht ganz 8 Prozent der Betriebsausgaben aus. Wenn man bedenkt, dass die Strassenbahnen in besseren Zeiten allein für Material 8'9 Millionen Schilling (1927) und für Instandhaltungsarbeiten durch fremde Firmen 9'1 Millionen Schilling (1929) aufgewendet haben, so ist damit wohl nachgewiesen, dass mit den 6'5 Millionen Schilling, die im Jahre 1933 für beide Ausgabenposten aufgewendet werden, nur mehr bei Einstellung aller nicht unbedingt nötigen Arbeiten das Auslangen gefunden werden kann. Im Sachaufwand der Strassenbahnen sind also keine nennenswerten Ersparungen mehr zu erhoffen.

Mit einigen Beispielen soll auch zur Ansicht, dass durch Mehrfahren die Einnahmen der Strassenbahnen auch in Krisenzeiten vermehrt werden können, Stellung genommen werden. Die Wiener Strassenbahnen haben schon im Jahre 1930 bei ihrem Autobusbetrieb selbst einen solchen Versuch unternommen. Sie haben das Intervall der Autobuslinie 8 in der stärksten Betriebszeit, etwa während 2 1/2 Stunden, um eine Minute gekürzt und dadurch das Platzangebot bedeutend vermehrt. Trotzdem beim Autobus infolge des Zonentarifs nicht nur das Schwarzfahren sondern schon das verspätete Einkassieren Verluste bringt, war das Ergebnis der Intervallkürzung negativ. Die Einnahme je gefahrenes Wagenkilometer ist im Durchschnitt des ganzen Tages von 2'45 Schilling auf 2'28 Schilling gesunken. Die gleiche Erfahrung haben alle deutschen Städte gemacht, die einen solchen Versuch unternommen haben; so hat Darmstadt sein Intervall von 10 Minuten auf 7 1/2 Minuten herabgesetzt und Frankfurt von 8 Minuten auf 6 Minuten, ohne dass auch nur der Abfall von Fahrgästen sichtbar verlangsamt wurde. Auch die Versuche, durch Tarifsenkungen den Fahrgästeabfall aufzufangen, sind überall fehlgeschlagen. Weder die Tarifsenkung durch die deutsche Notverordnung noch die sonstigen von deutschen Strassenbahnen durchgeführten Tarifermässigungen haben neue Fahrhäste geworben, ja nicht einmal vermocht, den weiteren Fahrhästeabfall einzudämmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am .....

IV Blatt

Die Gemeindeverwaltung ist daher der Ansicht, dass dass Kassendefizit der Strassenbahnen im Jahre 1933 nur dann beseitigt werden kann, wenn alle an dem Bestehen der Strassenbahnen interessierten Kreise Opfer bringen. Die Gemeindeverwaltung kann, wie oben dargelegt, nicht allein den Angestellten der Strassenbahnen zumuten, den gesamten Abgang auf sich zu nehmen. Sie muss daher auch Massnahmen in Vorschlag bringen, die den Fahrgästen der Strassenbahn ein Opfer auferlegen. Ferner wird auch die Gemeindeverwaltung selbst der Tatsache Rechnung tragen, dass die Strassenbahnen nicht mehr in der Lage sind, allein die Kosten der unentgeltlichen Beförderung der Arbeitslosen zu tragen. Schliesslich müssen bei diesem Anlass die finanziellen Verhältnisse der Pensionskasse, deren Defizit die Strassenbahnen jährlich mit mehr als 3' 8 Mill. Schilling belastet, in Ordnung gebracht werden.

Nur wenn alle diese Kreise, die Fahrgäste, die Gemeindeverwaltung selbst, die Pensionsparteien und die Mitglieder der Pensionskasse einen Teil des Kassendefizits übernehmen, wird es möglich sein, das von den Angestellten der Strassenbahnen zu fordernde Opfer in erträglichen Grenzen zu halten.

Die Strassenbahndirektion legt der Gemeindeverwaltung folgende Tarif- und Sanierungsvorschläge vor:

1. Tarifmassnahmen.

Der Preis des Schaffnerfahrscheines (32 g) soll unverändert bleiben; der Preis des Vorverkaufsfahrscheines soll von 30 g auf 31 g erhöht werden. Alle übrigen Kartenkategorien (Kinder-und Schülerfahrkarten, Früh-, Hin-und Rückfahr-, Wochen-, Strecken-und Zeitkarten) werden um 2 Groschen je Fahrt erhöht. Sie bleiben aber noch immer gegenüber dem normalen Fahrschein von 32 Groschen ausserordentlich begünstigt, wie in keiner anderen Stadt.

Im Autobusbetrieb sollen die Tagesfahrscheine um je 5 g erhöht werden, also von 10 auf 15 g, von 20 auf 25 g, von 30 auf 35 g, von 40 auf 45 g und von 50 auf 55 g. Dementsprechend erhöhen sich die Vorverkaufs-und Zeitkarten. Im Nachtverkehr der Autobusse soll jede Teilstrecke in Zukunft 25 g kosten, also

1 Teilstrecke	statt	20	25 g,
2 Teilstrecken	statt	40	50 g
3 " "	"	60	75 g
4 u.mehr " "	"	80 bezw. 1 S	1 S.

Die bisher bestandene Bestimmung, dass bei Fahrten, die den Ring überschreiten, mindestens ein 30-g-Fahrschein zu lösen ist, soll aufgelassen werden. Dies bedeutet, dass für das Befahren je einer Teilstrecke vor und nach dem Ring statt heute 30 g, in Zukunft nur 25 g zu bezahlen sein werden.

Die Strassenbahndirektion hat auch die schon oft verlangte Einführung eines Kurzstreckenfahrscheines erwogen. Die Einführung eines Kurzstreckenfahrscheines über zwei Teilstrecken, wie er im Frieden bestanden hat, ist unmöglich, weil die Ueberwanderung der noch vorhandenen Zwei-Teilstrecken-Fahrgäste vom Tagesfahrschein auf den neuen Kurzstrecken-Fahrschein so grosse Verluste mit sich bringen würde, dass alle anderen Tarifpositionen einschneidend erhöht werden müssten, um diesen Verlust wettzumachen. Die Strassenbahndirektion hat aber erwogen, einen Kurzstreckenfahrschein für eine Teilstrecke - etwa 2 Kilometer - (gültig nur auf der Strassenbahn und ohne Umsteigberechtigung) einzuführen und hiefür einen Fahrpreis von 20 Groschen zu verlangen. Ein solcher Fahrschein besteht zum Beispiel in Budapest. Gerade das Budapester Beispiel

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am .....

zeigt aber, dass dort 20 % aller Fahrgäste den billigen Fahrschein benützen, dass also auch in Wien bei Einführung dieses Fahrscheines mit einer entsprechend starken Ueberwanderung von der vollbezahlten Fahrkarte auf den neuen Teilstreckenfahrschein zu rechnen wäre. Die angestellten Berechnungen haben ergeben, dass diese Ueberwanderungsverluste so gross wären, dass sie auf keinen Fall durch die Mehreinnahmen aus den neu angeworbenen Fahrgästen gedeckt werden könnten. Die Einführung eines solchen Fahrscheines würde also die Erhöhung der Langstreckenfahrkarte um mindestens 2 g (von 32 g auf 34 g) erfordern. Die Erhöhung der normalen Fahrscheingattung würde aber wieder einen neuen Abfall von Fahrgästen auslösen, und zwar in einem Ausmass, das gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise leicht einen katastrophalen Umfang annehmen könnte. Die Gemeindeverwaltung hält es daher für klüger, die Einführung eines Kurzstreckenfahrscheines bei gleichzeitiger Erhöhung der Langstreckenfahrkarte auf wirtschaftlich bessere Zeiten aufzuschieben.

2. Personalmassnahmen.

Die Strassenbahndirektion muss auch Sparmassnahmen beim Personalaufwand vorschlagen. Die Tariferhöhungen können nur den kleineren Teil des unbedingt notwendigen Erfordernisses bringen. Weitere Tariferhöhungen wären für die Bevölkerung nur sehr schwer tragbar. Die Sparmassnahmen beim Personalaufwand müssen die Hauptbezüge erfassen, es soll aber ein grosser Teil der notwendigen Ersparungen durch Kürzung der Nebenbezüge gemacht werden. Die Bezüge der Beamten und Bediensteten der Strassenbahnen dürfen gegenüber den Bezügen anderer gleichartiger Angestellter oder der Arbeiter und Angestellten von Privatunternehmungen als gut bezeichnet werden. Trotzdem ist in den heutigen Zeiten jeder Abstrich schmerzlich. Die Gemeindeverwaltung hat die Vertretungskörperschaften der Beamten und der Bediensteten der Strassenbahnen gestern von der Notwendigkeit von Sanierungsmassnahmen verständigt und ihnen angekündigt, dass sie genötigt sei, mit ihnen darüber Verhandlungen einzuleiten.

Zu den geplanten Massnahmen gehört auch, dass die Begünstigung für die Familienangehörigen der Strassenbahner und für die Gemeindeangestellten, die jetzt den halben Fahrpreis zahlen, eingestellt werden soll.

3. Pensionskasse.

Das Defizit der Pensionskasse beträgt derzeit rund 4 Mill. S jährlich und wird voraussichtlich in den nächsten Jahren noch stark ansteigen. Zur Beseitigung dieses Defizits, das fast zur Gänze von den Strassenbahnen getragen wird, müssen den zuständigen Körperschaften entsprechende Anträge unterbreitet werden.

4. Arbeitslosenfahrkarten.

Die Arbeitslosen erhalten für die Fahrt zu den Meldestellen Freifahrscheine, deren Zahl im Jahre 1933 voraussichtlich 31 Mill. Stück betragen wird.

Die Gemeindeverwaltung erklärt sich bereit, den Pauschalbetrag von S 50.000, den sie jetzt den Strassenbahnen vergütet, wesentlich zu erhöhen.

Die Sanierungsmassnahmen sollen möglichst rasch verwirklicht werden. Die Gemeindeverwaltung wird daher die notwendigen Verhandlungen mit dem Personal der Strassenbahn und mit den Bediensteten aller anderen Unternehmungen, die der Pensionskasse angehören, unverzüglich einleiten. Die vorgeschlagenen Tarifmassnahmen werden die zuständigen Gemeindeinstanzen in kürzester Frist beschäftigen.

21.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Mittagsausgabe. Wien, am 21. Jänner 1933.

18

Starker Schneefall in Wien.
Umfassende Schneesäuberungsarbeiten des städtischen Strassenpflegebetriebes und der Strassenbahnen.-Fast 8.000 Arbeitslose in den Dienst der Schneebeseitigung gestellt.-Klagloser Strassenbahnverkehr.

Der starke Schneefall in Wien hat umfassende Massnahmen des städtischen Strassenpflegebetriebes und der städtischen Strassenbahnen erfordert, um den Fuhrwerks- und Strassenbahnverkehr ohne Störungen aufrecht zu erhalten. Der städtische Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen haben fast 8.000 Arbeitslose für die Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen. Der städtische Strassenpflegebetrieb hat 944 städtische Strassenarbeiter und 5000 Arbeitslose in den Dienst der Schneebeseitigung gestellt; für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr werden 259 Pferdeschneepflüge, 12 Autoschneepflüge, 28 Lastkraftwagen und 157 Pferdefuhrwerke verwendet. Die städtischen Strassenbahnen haben zur Freimachung der Gleise 2.607 Arbeitslose aufgenommen und verwenden auf den Strecken ununterbrochen 382 Motorpflüge und 4 Autoschneepflüge. Bis zur Stunde liegen keine Meldungen über Störungen des Strassenbahn- und Fuhrwerksverkehres vor.

-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

Heute, Samstag, jährt sich zum fünfzigstenmal der Tag der Eheschliessung der Ehepaare Adolf und Maria Müller, Franz und Anna Rejsek, Hans und Marianne Seidl, Johann und Rosalia Schermer, Martin und Anna Teichert und Alois und Amalia Trakowanitsch. An den Familienfeiern, die heute aus diesem Anlass veranstaltet wurden, nahm in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teil, der die Jubelpaare beglückwünschte und ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 1., 8., 15. und 22. Februar im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen immer um 10 Uhr 30.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

22

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Abendausgabe
19
Wien, am 21. Jänner 1933

Der Tod Viktor Kutscheras.

Bürgermeister Seitz hat angeordnet, dass für den verstorbenen berühmten Wiener Schauspieler Viktor Kutschera, der auch Bürger der Stadt Wien war, ehrenhalber eine Grabstelle in bevorzugter Lage im Zentralfriedhof gewidmet werde. Das Leichenbegängnis, das am Dienstag um 15 Uhr 10 von der Aufbahrungshalle des Zentralfriedhofes aus stattfinden, wird ebenfalls ehrenhalber auf Kosten der Gemeinde Wien durchgeführt werden. An der Bahre Viktor Kutscheras wird ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden, dessen Schleifen die Aufschrift tragen: Dem grossen Künstler-die Stadt Wien.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Schneesäuberungsarbeiten.

Wie schon in der heutigen Mittagausgabe der "Rathauskorrespondenz" berichtet worden ist, haben der städtischen Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen heute umfassende Massnahmen getroffen, um den Fuhrwerks-und Strassenbahnverkehr ungestört aufrecht zu erhalten. Die Schneesäuberungsarbeiten wurden den ganzen Tag hindurch durchgeführt und werden in der Nacht fortgesetzt. Die städtischen Strassenbahnen veranlassten in der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr die Grossreinigung des ganzen Wiener Gleisnetzes; für diese Aktion wurde der gesamte verfügbare Apparat eingesetzt. Während des ganzen Tages ist es in Wien dank den umfassenden Schneesäuberungsarbeiten zu keinen Störungen des Strassenbahn-und Fuhrwerksverkehres gekommen.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

23

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
20
Wien, am 23. Jänner 1933

Wiener Gemeinderäte besichtigen die Feuerwehrzentrale.

Auf Einladung des amtsführenden Stadtrates Honay besichtigten heute die amtsführenden Stadträte Dr.Danneberg und Speiser,Landtagspräsident Dr.Neubauer,Magistratsdirektor Dr.Hartl und die Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse für Personalangelegenheiten,für Finanzwesen und für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten die Feuerwehrzentrale Am Hof.

Nach Begrüssung der Gäste durch amtsführenden Stadtrat Honay erläuterte Branddirektor Ingenieur Wagner die Einrichtungen der Wiener Feuerwehr.Der Wiener Feuerschutz wurde bekanntlich in den letzten Jahren durchgreifend reformiert.Während vor dem Kriege die Wiener Berufsfeuerwehr bloss in den inneren Bezirken den Feuerschutz versah,ist heute das gesamte Stadtgebiet in den Feuerschutz der Wiener Berufsfeuerwehr einbezogen.Wien ist in sieben Sektionen eingeteilt,in denen eine Anzahl von Haupt-und Nebenwachen den Feuerschutz versehen.Die Wiener Feuerwehr ist heute mit den besten und modernsten Geräten ausgestattet;ebenso stehen die Feuermelde- und Alarmeinrichtungen auf der Höhe der Zeit.Binnen wenigen Sekunden kann jede Feuerwache alarmiert werden;dadurch ist es der Feuerwehr möglich,in wenigen Minuten auf dem Brandplatz einzutreffen.Die Wiener Feuerwehr verfügt heute über 39 Feuerwachen,ihr Personalstand beträgt 1.067 Personen. Das Kabelnetz hat eine Länge von mehr als 100 Kilometern,die Eigenfreileitungen haben eine Länge von fast 600 Kilometern;zur Feuermeldung stehen rund 1.100 mit Telefon ausgestattete Feuermelder zur Verfügung.Der Gesamtaufwand für die Wiener Feuerwehr ist im Budget für das heurige Jahr mit 7'2 Millionen Schilling veranschlagt.

Nach Besichtigung der Inneneinrichtungen der Feuerwehrzentrale und nach einem kurzen Rundgang durch das Feuerwehrmuseum wurden den Gemeinderäten die verschiedenen Spezialgeräte und die Bekämpfung eines Kellerbrandes vorgeführt.Die Besichtigung wurde mit einem Probealarm der Feuerwehrzentrale beendet.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Die Schneesäuberungsarbeiten in Wien.

11.481 Arbeitslose in Verwendung.

Der städtische Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen beschäftigten gestern,Sonntag,und heute für die Schneesäuberungsarbeiten insgesamt 1.805 städtische Strassenarbeiter und 11.481 Arbeitslose.Ausserdem wurden für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr 40 Motorschneepflüge,279 Pferdeschneepflüge,26 Autoschneepflüge,113 Lastkraftwagen und 537 Pferdefuhrwerke verwendet.Die Massnahmen der städtischen Strassenpflegebetriebes und der städtischen Strassenbahnen haben so rechtzeitig und so umfassend eingesetzt,dass es in Wien trotz dem starken Schneefall zu keinen Störungen des Strassenbahn-und Fuhrwerksverkehres gekommen ist.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
21
Wien, am 24. Jänner 1933

Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Im Oktober 1932 für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien fast zwei Millionen Schilling aufgewendet.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen Oktober in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1,231.700 Schilling, für Pflegebeiträge 459.000 Schilling, für Pflegegelder 187.000 Schilling und für Aushilfen 79.800 Schilling ausgegeben. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 1,957.500 Schilling aufgewendet, um 72.600 Schilling mehr als im Oktober 1931.

Mutterberatung, Kindergärten, Kinderhorte und Kinderausspeisung.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im Oktober 1932 insgesamt 22.057 Beratungen durch; die städtischen Kindergärten wurden im Berichtsmonate von täglich durchschnittlich von 6.455 Kindern, die städtischen Kinderhorte von täglich durchschnittlich 1.043 Kinder besucht. Bei den Kinderausspeisungen der Gemeinde Wien wurden im Oktober 1932 insgesamt 377.907 Speiseportionen ausgegeben.

Die städtischen Kranken-und Wohlfahrtsanstalten.

Die städtischen Kranken-und Wohlfahrtsanstalten nahmen im Berichtsmonate 3.453 Personen auf, um 143 Personen mehr als im Oktober 1931. Die Zahl der in den städtischen Kranken-und Wohlfahrtsanstalten geleisteten Verpflegstage betrug 535.361; davon entfallen 249.594 Verpflegstage auf die Versorgungshäuser, 157.805 Verpflegstage auf die Anstalten für Geisteskranke und 62.739 Verpflegstage auf die Krankenanstalten.

Wiener Berufsberatungsamt.

Das Wiener Berufsberatungsamt führte im vergangenen Oktober 1.225 Beratungen durch, um 126 Beratungen mehr als im vergangenen September, aber um 158 Beratungen weniger als im Oktober 1931. Im Berichtsmonate suchten 555 Personen das Berufsberatungsamt zum erstenmal auf.

.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH 22
Wien, am 25. Jänner 1933.

In zehn Jahren 26.696 Einäscherungen in Wien.

Nach einer statistischen Zusammenstellung wurden in der Zeit vom 17. Jänner 1923 bis 16. Jänner 1933 in der Feuerhalle der Stadt Wien an 2.722 Einäscherungstagen insgesamt 26.696 Leichen, darunter 772 Kinderleichen, eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 15.896 männlichen und 10.800 weiblichen Geschlechtes; 15.872 hatten der römisch-katholischen, 520 der altkatholischen, 2.564 der evangelischen, 2.215 der mosaischen Religion, 76 verschiedenen anderen Religionen angehört, während 5.449 konfessionslos waren. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden in diesen zehn Jahren 5.899 Einsegnungen nach altkatholischem und 2.997 Einsegnungen nach evangelischem Ritus vorgenommen; 23.334 Leichen wurden aufgebahrt. 2.650 Leichen wurden von auswärts zur Einäscherung nach Wien gebracht.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe.

Am Sonntag feierten die Ehepaare Thomas und Josefine Finteisl und Julius und Katharina Potetz ihr fünfzigjähriges Hochzeitsjubiläum. Finteisl betreibt seit mehr als 30 Jahren in Fünfhaus eine mechanische Werkstätte, die er trotz seinem hohen Alter noch heute leitet. Potetz war fünfzig Jahre lang als Feinmechaniker tätig. Aus Anlass der goldenen Hochzeit fanden in den Wohnungen der Jubelpaare festliche Veranstaltungen statt, zu denen in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Hónay erschien, der eine herzliche Ansprache hielt und die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das städtische Gesundheitsamt teilt über die Grippehäufigkeit in Wien mit, dass in der Zeit vom 1. bis 24. Jänner bloss 468 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden sind. Da im Jänner 1929 nicht weniger als 6.957 Grippeanzeigen, im Jänner 1931 sogar 9.920 und in der Zeit vom 1. bis 24. Jänner des Vorjahres 1.786 Grippeanzeigen an das städtische Gesundheitsamt erstattet worden waren, kann festgestellt werden, dass von einer Grippehäufigkeit wie in den Vorjahren heuer nicht gesprochen werden kann. Zu irgendeiner Beunruhigung liegt daher kein Anlass vor.

-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt am Mittwoch, den 1. Februar, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 23
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 26.Jänner 1933.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im vergangenen November.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik kamen im vergangenen November in Wien 1.025 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 53 weniger als im vergangenen Oktober und um 2o2 weniger als im November 1931.Von den Lebendgeburten waren 5o2 Knaben und 523 Mädchen, 789 eheliche und 236 uneheliche Kinder.In der Wohnung der Mutter wurden 185, in Anstalten 840 Kinder geboren.Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 122, um 15 weniger als im vergangenen Oktober und um 6 weniger als im November 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 1.974 Personen; das sind um 54 Personen mehr als im vergangenen Oktober, aber um 46 weniger als im November 1931. Von den Verstorbenen waren 978 männlichen und 996 weiblichen Geschlechtes; 1.874 gehörten der Wiener Bevölkerung an,während 1oo ortsfremd waren.In der Wohnung starben 766, in Anstalten 1.1o8 Personen. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 358 Fällen organische Herzkrankheiten, in 312 Fällen Krebs, in 198 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 138 Fällen Gehirnschlag angegeben worden; 127 Anzeigen haben als Todesursachen Lungen- und Rippenfellentzündung, 75 Anzeigen Arterienverkalkung, 53 Anzeigen Altersschwäche und 42 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 80 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 28 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 15 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 24 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 91 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 141 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 215 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 362 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 1.018 Verstorbene waren mehr als 6o Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im vergangenen November 1o4; das sind um 9 weniger als im vergangenen Oktober, hingegen um 3 mehr als im November 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 128 Personen einen Selbstmordversuch, um 46 weniger als im vergangenen Oktober und um 42 weniger als im November 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen November in Wien 55 Säuglinge starben, um 15 weniger als im vergangenen Oktober und um 12 weniger als im November 1931.Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 32 Knaben und 53 Mädchen, 39 eheliche und 16 uneheliche Kinder; 35 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 2o im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im vergangenen November 12.341 Personen nach Wien zugewandert und 8.7o1 Personen von Wien abgewandert.Die Zunahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt daher im Berichtsmonate 3.64o Personen.

An das Gesundheitsamt der Stadt Wien wurden im Berichtsmonate 547 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 554 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen und 28o Anzeigen über Schafblatternerkrankungen erstattet.

-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
24
Wien, am 27. Jänner 1933

30.211 Ehen in den letzten elf Jahren vor der politischen Behörde in Wien geschlossen.

Nach einer Zusammenstellung der Magistratsabteilung für Statistik wurden in der Zeit vom 1.Jänner 1921 bis 31.Dezember 1932 in Wien 30.211 Ehen vor der politischen Behörde geschlossen.Die meisten Ziviltrauungen,nämlich 3.414,fanden im Jahre 1929 statt.Dann folgen die Jahre 1930 mit 3.157,1928 mit 2.999 und 1927 und 1931 mit je 2.640 Ehen,die vor der politischen Behörde in Wien geschlossen wurden.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik weiter mitteilt,wurden ebenfalls in der Zeit vom 1.Jänner 1921 bis 31.Dezember 1932 vom Wiener Magistrat 26.260 Ansuchen um Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes bewilligt,Die grösste Zahl der bewilligten Dispensansuchen weist das Jahr 1922 auf;in diesem Jahr bewilligte der Wiener Magistrat 3.720 Dispensansuchen.Dann folgen die Jahre 1921 mit 3.097,1923 mit 2.450 und 1929 mit 2.010 bewilligten Ansuchen um Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
25
Wien, am 28. Jänner 1933

Die Wiener Berufsfeuerwehr-ein Lehrinstitut für das gesamte Feuerschutzwesen.

Der vorbildliche Ausbau der Wiener Berufsfeuerwehr wird nicht nur in Wien allgemein anerkannt,sondern ist auch den Feuerwehrorganisationen der österreichischen Bunderländer und des Auslandes bekannt.Dies hat dazu geführt,dass die Wiener Berufsfeuerwehr zu einem angesehenen Lehr- und Ausbildungsinstitut für das gesamte Feuerschutzwesen geworden ist.Wie nämlich die Branddirektion mitteilt,ist ein ununterbrochenes Steigen der Zahl der aktiven Mitglieder von Feuerwehren österreichischer Städte festzustellen,die bei der Wiener Berufsfeuerwehr einige Wochen hindurch als Volontäre zur Ausbildung kommandiert sind.

So hat amtsführender Stadtrat Honay im vergangenen Jahr 53 Mitgliedern auswärtiger Feuerwehren die Erlaubnis erteilt,bei der Wiener Berufsfeuerwehr ihre praktische Ausbildung zu vervollständigen.Insbesondere Salzburger und Kärtner Feuerwehren und viele niederösterreichische freiwillige Feuerwehren entsenden Jahr für Jahr eine Anzahl ihrer aktiven Mitglieder zu Studienzwecken zur Wiener Berufsfeuerwehr.Diese Volontäre werden zur praktischen Dienstleistung herangezogen,deren Dauer zwei bis acht Wochen beträgt.

Interessant ist auch,dass die Rauchfangkehrergenossenschaften fast aller Bundesländer ihre Mitglieder einige Zeit hindurch zur Wiener Berufsfeuerwehr zwecks Ausbildung im Feuerlösch-und Verhütungsdienst schicken.Auch Hörer der technischen Hochschule,Mitglieder der Landesverbände für das Rettungswesen und so weiter sind als Volontäre in der Feuerwehrzentrale Am Hof zu finden.

Die Wiener Berufsfeuerwehr als Lehr-und Ausbildungsinstitut für das gesamte Feuerschutzwesen beweist,dass ihre Einrichtungen auf der Höhe der Zeit stehen und daher für das gesamte Feuerschutzwesen des In-und Auslandes beispielgebend sind.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Jubilare der Ehe.

Heute jährte sich zum fünfzigstenmal der Tag der Eheschliessung der Ehepaare Oskar und Maria Dolezalek,Ignaz und Josefine Fligelmann,Josef und Rosalia Gaupmann,Adolf und Berta Lieber,Josef und Josefa Mülleder, Magnus und Anna Ohlenschläger,Gustav und Franziska Preissler und Franz und Marie Wessner.An den Familenfeiern,die heute aus diesem Anlass veranstaltet wurden,nahm in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teil,der die Jubelpaare beglückwünschte und ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte.

29 .-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 26
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 30.Jänner 1933.

Glatteis und Jännerschnee.

Gesamtaufwand für Glatteisbekämpfung und Schneeabräumung 753.000 Schilling.

Im Jänner traten zwei Schneefallperioden ein,und zwar ein kurz andauernder Schneefall vom 9.auf den 1o. Jänner mit darauffolgendem Tauwetter und neuerliche grosse Schneefälle vom 19. bis 22. Jänner.Die letzter Schneefälle waren von starkem Wind begleitet,der an vielen Stellen Schneeverwehungen verursachte,deren Abräumungsarbeiten mit grossen Kosten verbunden waren.Die gesamten Schneesäuberungsarbeiten erforderten ausser den normalen Schneesäuberungskosten einen Aufwand von rund 387.000 Schilling. Bei diesen Arbeiten wurden 31.000 Tagschichten von Schneearbeitern geleistet;für die Schneepflugbespannung wurden rund 1.1oo und für die Schneeabfuhr rund 1.5oo Pferdepaar-Tagschichten aufgewendet.Diese umfassenden Arbeiten ermöglichten die Schneeabräumung in den wichtigsten Verkehrsstrassen.Auch die städtischen Strassenbahnen haben durch mehrmalige Ausfahrten ihres maschinellen Schneesäuberungsdienstes und durch Aufnahme von Schneearbeitern einen Betrag von 12o.ooo Schilling aufgewendet.

Da der Schneewetterperiode eine Glatteisperiode vorausging, die Mitte Dezember begann und mehr als drei Wochen andauerte,mussten auch für die Glatteisbekämpfung nicht weniger als 246.ooo Schilling aufgewendet werden.Insgesamt haben somit die durch diese Witterungsverhältnisse notwendig gewordenen Arbeiten einen Aufwand von rund 753.ooo Schilling ausser de normalen Schneesäuberungskosten erfordert.

-.-.-.-.-.-.-.-

Neue Wiener Strassennamen.

Im Industriegebiet südöstlich des Arsenals in Favoriten und im Siedlungsgebiet zwischen der Gerasdorferstrasse und der verlängerten Ruthnergasse in Floridsdorf ist die Benennung von einigen Strassenzügen notwendig geworden.Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat sich heute mit der Benennung dieser Verkehrsflächen befasst und auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen,die neuen Verkehrsflächen nach dem Flugtechniker Otto von Lilienthal,nach dem Physiker Michael Faraday und nach dem Anglisten Dr.Jakob Schipper zu benennen. Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschrift tragen:"Otto von Lilienthal (1848 - 1896),Ingenieur und Flugtechniker.Führte 1891 den ersten Gleitflug aus","Michael Faraday (1791 - 1867) Englischer Physiker" und "Dr.Jokob Schipper (1842 - 1915),Universitätsprofessor, Anglist".

-.-.-.-.-.-

616 Konfessionsänderungen im November 1932.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen November an den Wiener Magistrat 616 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet;das sind um 16 Anzeigen mehr als im vergangenen Oktober,hingegen um 136 Anzeigen weniger als im November 1931. Im Berichtsmonate zeigten 45o Personen ihren Austritt aus der römis katholischen Kirche,5o ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an;344 Personen erklärten,konfessionslos bleiben zu wollen.

30 -.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 27
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 31. Jänner 1933.

Neue städtische Schulleiter und Schulleiterinnen.

Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Personalreferenten, Stadtrat Speiser, eine Reihe von erledigten Schulleiterstellen besetzt. Zur Direktorin ist Klara Zaribnitzky, Mädchen-Hauptschule, Obere Augartenstrasse 38, ernannt worden; zu Direktoren sind Anton Pekarek, Knaben-Hauptschule, Bachergasse 10, und Johann Hollnsteiner, Hilfsschule, Grasgasse 5, und zu Oberlehrern Josef Santel, Knaben-Volksschule, Paulusgasse 9/11, Rudolf Böhm, Knaben-Volksschule, Herderplatz 1, und Franz Wagner, Knaben-Volksschule, Knollgasse 6, ernannt worden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Schneesäuberungsarbeiten.

In Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten beschäftigte heute der städtische Strassenpflegebetrieb 911 städtische Strassenarbeiter und 1.841 Arbeitslose. Die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr besorgten 135 Pferdeschneepflüge, 24 Lastkraftwagen und 40 Pferdefuhrwerke. Da heute an manchen Stellen der Stadt Glatteis aufgetreten war, wurden für die Glatteisbekämpfung zwei automobile Sandstreumaschinen eingesetzt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 75. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 625 Parteien in 63 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 4.135 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 45.793 Parteien in 5.191 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 250.000 Schilling genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnablenkung.

Wegen Ausbesserungsarbeiten an der Eisenbahnbrücke Innstrasse werden übermorgen, Donnerstag, und am Mittwoch, den 8. Februar, die Züge der Linie V von 21 Uhr an nicht über die Innstrasse, sondern über die Dresdnerstrasse bis zum Hochstädtplatz und zurück geführt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der 50. Todestag Richard Wagners.

Die Wiener Konzerthausgesellschaft beabsichtigt, im Februar anlässlich der 50. Wiederkehr des Todestages Richard Wagners im Konzerthaus eine Gedächtnisausstellung "Richard Wagner und Wien" zu veranstalten. Die Konzerthausgesellschaft hat an die städtischen Sammlungen das Ersuchen gerichtet, ihr für diese Ausstellung entsprechende Leihgaben zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Ersuchen der Wiener Konzerthausgesellschaft befasst und den städtischen Sammlungen die Bewilligung erteilt, der Wiener Konzerthausgesellschaft für die Ausstellung "Richard Wagner und Wien" die erbetenen Leihgaben aus dem Besitze der städtischen Sammlungen zur Verfügung zu stellen.

-.-.-.-.-.-.-.-